

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4509 –**

#### **Arbeitsplätze im Kontext von Seehäfen in Deutschland und der Europäischen Union**

##### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Forderung nach einem Ausbau der deutschen Seehäfen wird häufig mit dem Verweis auf die steigenden Wachstumsraten und den weltweiten Wettbewerb im Containerumschlag erhoben. Daran knüpft sich die Hoffnung auf mehr Arbeitsplätze in den Häfen und den angeschlossenen Wirtschaftszweigen.

Die Angaben über die Zahl der im Hafen Beschäftigten variieren jedoch je nach Einbeziehung unterschiedlicher Branchen beträchtlich: die Angaben über den Anteil hafengebundener Arbeitsplätze im Hamburger Hafen weichen je nach Berechnungsgrundlage erheblich voneinander ab, z. B. von 74 575 direkt Beschäftigten bis zu 124 707 direkt und indirekt Beschäftigten (Planco-Gutachten 2003, „Regional- und gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Hamburger Hafens im Jahr 2001“, im Auftrag der Hamburg Port Authority).

Bei der Fortschreibung des Planco-Gutachtens wurden mehr Branchen in die Berechnungen einbezogen, so dass sich für direkt und indirekt vom Hafen abhängige Arbeitsplätze eine Zahl von 258 300 ergibt. Die Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit zählt dagegen 133 000 direkt und indirekt Beschäftigte (BWA-kompakt 2006). Auf 154 000 direkt und indirekt Beschäftigte in der Metropolregion kommt die Hamburg Port Authority (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Zwischenbericht des Wirtschaftsausschusses, Hafentwicklung, 17. Oktober 2006, Drucksache 18/5137).

Das Hamburger Beispiel veranschaulicht, was auch für weitere deutsche Seehäfen gilt: Seriöse Zahlenvergleiche lassen sich aufgrund der unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen nicht anstellen.

1. Wie viele Menschen sind direkt und indirekt in deutschen Seehäfen und in Seehäfen der Europäischen Union beschäftigt, aufgeschlüsselt nach einzelnen Seehäfen, direkter und indirekter Beschäftigung und Wohnort der Beschäftigten bzw. Unternehmenssitz (Kernbereich/Metropolregion) plus Nennung der Quellen/Studien, auf denen die Angaben basieren?

2. Welche Branchen werden als hafenbezogen in die Berechnungen zu Deutschland und der EU einbezogen?
3. Welche hafenbezogenen Branchen in Deutschland und der EU fallen in die Kategorie „direkt“, welche in die Kategorie „indirekt“?
4. Welches sind die Kriterien, nach denen hafenbezogene Arbeitsplätze in Deutschland und der EU direkt bzw. indirekt zugeordnet werden?
5. Welches Erfassungssystem liegt den Berechnungen (Deutschland- und EU-weit) zugrunde, bzw. existiert ein einheitliches Erhebungsverfahren?

Die Fragen 1 bis 5 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine selbst erhobenen aktuellen Daten vor, aus denen ersichtlich ist, wie viele Menschen direkt und indirekt in den deutschen Seehäfen und in den Seehäfen der Europäischen Union beschäftigt sind.

Der Bundesregierung sind die Zahlen, die in der Kleinen Anfrage genannt werden, allerdings z. T. bekannt. Vergleichbare Studien wurden u. a. auch von Bremen und Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben. Die EU-Kommission hat ebenfalls eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse hier aber noch nicht vorliegen. Letztlich handelt es sich um einzelne Studien, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten erstellt wurden und in der Regel nicht vergleichbar sind.

Aktuell wird im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Studie zum deutschen maritimen Cluster erarbeitet, deren Ergebnisse zum Jahresende 2007 vorliegen sollen. Darin wird auch für den Bereich „Häfen und damit zusammenhängende logistische Dienstleistungen“ eine Abschätzung der entsprechenden Beschäftigtenzahlen, Umsätze etc. vorgenommen, allerdings für den gesamten Sektor in Deutschland, gesplittet nach Bundesländern, nicht aber für einzelne Häfen. Andere Branchen mit deutlich maritimem Bezug, die oftmals als „hafenabhängig“ eingestuft werden, sind ebenfalls Bestandteil der Studie.